

BULGARIEN

Gewerkschaftsmonitor

Januar 2024 – Mai 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die regierende Koalition aus der liberalen (ehemaligen) Protestpartei »Wir setzen den Wandel fort« (PP) und der konservativen GERB-Partei war nur neun Monate lang an der Macht – von Juni 2023 bis März 2024. Nach dem Zerfall der Koalition fanden zwei weitere Parlamentswahlen statt, bis schließlich im Januar 2025 eine neue regierende Koalition aus drei Parteien gebildet wurde: GERB (26 %, die mit Abstand stärkste politische Kraft), die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP; 7,5 %, Platz 5) und die populistische »Es gibt so ein Volk«-Partei (ITN; 6,7 %, Platz 7). Die größte Oppositionspartei ist »Wir setzen den Wandel fort« (PP) mit 14 Prozent auf Platz zwei, deutlich hinter dem größten Gegner GERB. Somit konnte die Wahlspirale mit sieben Parlamentswahlen innerhalb von knapp vier Jahren, in die das Land geraten war, zumindest vorläufig gestoppt werden.

Die letzten Wahlen im Herbst 2024 standen unter dem schwerwiegenden Verdacht des Stimmenkaufs und der Wahlmanipulation. Die politische Lage bleibt demzufolge sehr instabil und der Staat befindet sich in einer sich vertiefenden Krise der repräsentativen Demokratie. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlrunden lag bei 39 Prozent, die Unzufriedenheit mit der gesamten politischen Klasse wächst und den meisten Parteien gelingt es nur, ihre Stammwähler_innen zu mobilisieren. Mit insgesamt neun Parteien ist die Fragmentierung im Parlament sehr groß. Neue rechtspopulistische Parteien wie Velitchie (Hoheit) und MECH (Moral, Einigkeit, Ehre), die 2023 bzw. 2024 entstanden sind, positionieren sich als Anti-Establishment und verwenden teilweise eine sehr gewalttätige Rhetorik. Sie konnten die Vierprozenthürde überspringen. Diese kleineren, neu entstandenen rechtspopulistischen Parteien gewinnen sowohl Nichtwähler_innen als auch ehemalige Wähler_innen von Vazrajdana (der prorussischen nationalistischen Partei) und ITN für sich. Die größte rechtspopulistische Partei, Vazrajdana, bleibt mit knapp 14 Prozent sta-

bil und hat ihre Ergebnisse weder verbessert noch verschlechtert.

Die liberale Partei der türkischen Minderheit, die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), hat sich Ende 2024 in zwei Teile gespalten: den »ideologischen« Flügel, der dem ehemaligen Parteivorsitzenden Ahmed Dogan nahesteht und von älteren Mitgliedern der türkischen Minderheit unterstützt wird, und den »Wirtschaftsflügel«, der dem Oligarchen Delyan Peevski nahesteht. Tatsächlich sind beide Flügel eng mit verschiedenen Unternehmen und Kapitaleignern verbunden und in zahlreiche Korruptionsskandale der letzten 20 Jahre verwickelt. Daher vermuten viele, dass der Kampf zwischen den beiden Flügeln kein ideologischer, sondern ein Kampf um Einfluss auf das parteinahe Kapital ist. Der Wirtschaftsflügel unter Delyan Peevski (nun DPS – Neubeginn genannt) hat bei den Wahlen besser abgeschnitten als der Flügel um Ahmed Dogan. Delyan Peevski zählt zu den einflussreichsten Oligarchen des Landes und besitzt Unternehmen in den Bereichen Medien und Tabakindustrie. Von 2013 bis 2014 fanden große Proteste gegen seine Ernennung zum Leiter der nationalen Sicherheitsbehörde statt. Er steht wegen seiner Verbindungen mit russischen Oligarchen und Unternehmen auf der Magnitsky-Sanktionsliste. In seiner öffentlichen Rhetorik positioniert er sich als proeuroatlantisch und neuerdings auch pro-Trump. Peevskis politische Macht hat in den vergangenen Jahren exponentiell zugenommen und es ist zu erwarten, dass er auch in Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird.

In der Parteiführung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) kam es 2024/25 zu wichtigen Veränderungen. Die ehemalige Parteivorsitzende Kornelia Ninova, die treibende Kraft hinter dem wertkonservativen Kurs der Partei in den vergangenen Jahren, wurde im September 2024 aus der Partei ausgeschlossen. Drei Politiker, die früher große Unterstützer von Ninova waren – Kristian Vigenin (MEP), Borislav Gutsanov und Atanas Zafirov –, führten mit tatkräftiger Unterstützung der Vereinigung der Jungsozialisten den Angriff gegen sie und ihr

Umfeld. Anschließend führten sie die BSP zwischen September 2024 und Februar 2025. Im Februar 2025 wurde Atanas Zafirov zum Parteivorsitzenden gewählt. Die neue Parteiführung spricht von einem Kurswechsel in eine weniger konservative Richtung und versucht, den Kontakt zu den von Ninova ausgeschlossenen Parteimitgliedern sowie zum Staatsoberhaupt Radev wiederaufzunehmen. Zafirov versucht außerdem, die Partei wieder als »proeuropäisch« zu positionieren – u. a., indem er auf der EU-Bühne wieder aktiver ist und die BSP sich kürzlich für den Beitritt Bulgariens zur Eurozone ausgesprochen hat (was unter den Mitgliedern höchst umstritten ist). Die BSP ist nun in einer regierenden Koalition mit GERB und ITN. Die Parteiführung betrachtet dies als historischen Kompromiss, um das Land voranzubringen. Die Wahrnehmung dieser Koalition ist unter den Mitgliedern allerdings nicht so positiv. Durch die Koalition kann die BSP jedoch vier Ministerien leiten: Arbeit und Soziales, Umwelt, Regionale Entwicklung und Jugend. Atanas Zafirov ist nun auch Vizeministerpräsident ohne Portefeuille.

In dieser dynamischen Situation wächst die Macht des Staatspräsidenten Rumen Radev. Im Mai 2025 hat er dem Parlament den Vorschlag unterbreitet, ein Referendum über den Beitritt Bulgariens zur Eurozone abzuhalten. Dies wurde von vielen Analyst_innen als symbolischer Beginn seiner parteipolitischen Kampagnen gedeutet. Die nächsten Präsidentschaftswahlen finden im Herbst 2026 statt, doch Radev kann nicht mehr als Präsidentschaftskandidat antreten, da er bereits zwei Amtszeiten an der Macht war.

Nach wie vor spielt die Positionierung Bulgariens zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine eine wichtige Rolle im politischen Leben. Die Kategorien » prorussisch« (Vazrajdana, teilweise die BSP, obwohl sich die neue Parteiführung als »proeuropäisch« positioniert) und »prowestlich« (GERB, PP/DB, DPS) sind entscheidend für die Bildung politischer Koalitionen oder die Konstruktion politischer Gegner. Die geopolitische Orientierung ist eine wichtige Mobilisierungsgrundlage. National geprägte und teilweise prorussische Botschaften und Perspektiven sind in der öffentlichen politischen Debatte viel präsenter als in anderen EU-Ländern. Trotzdem ist bei allen Parteien im Parlament außerhalb von Vazrajdana eine feste Verankerung an der EU und bei den meisten auch an der NATO festzustellen. Neben diesem Thema war der Schengen-Beitritt des Landes ein wichtiges Ereignis im letzten Jahr. Allerdings war Bulgarien in den Schengen-Verhandlungen nicht proaktiv, während Rumänien wesentlich aktiver auf der internationalen Bühne agierte, um den Schengen-Beitritt auszuhandeln. Auch die Schließung der Kohlekraftwerke ist ein Thema, das in der Öffentlichkeit sehr emotional diskutiert wurde, u. a. auch in den Gewerkschaften.

Der für Januar 2026 geplante Beitritt zur Eurozone ist seit Anfang 2025 das dominierende Thema auf der politischen Agenda. Während sich GERB, PP/DB, DPS und zuletzt auch BSP dafür ausgesprochen haben, sind Vazrajdana, ITN, MECH und Velichie dagegen. Die parteipolitischen Argumente gegen den Beitritt sind häufig nationalistisch geprägt (»Wir möchten unsere Währung und Identität nicht aufgeben.«), während die Befürworter die Wichtigkeit der europäischen Integration her-

vorheben. Laut mehreren Umfragen steht die Bevölkerung dem Eurozonen-Beitritt eher negativ gegenüber, was meistens mit Ängsten vor Armut und Spekulationen erklärt wird.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht sind zunehmend konservativere Entwicklungen zu beobachten. So wurde 2024 ein Gesetz gegen die sogenannte LGBTQI-Propaganda in Schulen mit großer Mehrheit vom Parlament verabschiedet, wobei auch die BSP zustimmte. Vazrajdana hat wiederholt ein »Foreign Agent«-Gesetz (analog zu Russland und Georgien) vorgeschlagen, das die Arbeit von NGOs und unabhängigen Medien extrem stigmatisieren und einschränken würde. Seit März 2025 wird aktiv über die Einführung von orthodoxem Religionsunterricht an Schulen diskutiert. Die Lehrkräftegewerkschaft KNSB/CITUB zählt zu den aktivsten Befürwortern dieser Initiative. Die Amtseinführung von Trump im Januar 2025 wurde von der Mehrheit der Bevölkerung positiv wahrgenommen, da er angeblich die »liberale, Brüssel-treue Elite« entmachten kann. Die amerikanische Finanzierung wichtiger NGOs und Medien wurde gekürzt, wodurch der Raum für demokratische und soziale Initiativen in Bulgarien wesentlich beschränkt wurde.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bulgarien ist nach wie vor das ärmste Land der EU mit dem höchsten Gini-Koeffizienten, den größten Einkommensungleichheiten und den niedrigsten Löhnen. Seit dem 1. Januar 2025 beträgt der monatliche Mindestlohn ca. 552 €. Die Gewerkschaften haben jedoch ausgerechnet, dass ein »Living Wage« bei ca. 770 € netto im Monat für eine Person ohne Kinder liegen sollte. Der Mindestlohn ist somit um 15 Prozent gewachsen – ein wesentlicher Sprung, der unter anderem auf die Einführung der EU-Richtlinie für gerechte Mindestlöhne zurückzuführen ist. Mit einem BIP-Wachstum von 1,9 Prozent für 2024 und einem prognostizierten Wachstum von 2,9 Prozent für 2025 zählt Bulgarien zu den EU-Ländern mit dem höchsten Wachstum für 2025.

Die Löhne im Land sind in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 10 bis 15 Prozent gestiegen, da die Löhne im öffentlichen Sektor gleichzeitig höher sind als im privaten Sektor.

Obwohl der offizielle Durchschnittslohn Ende 2024 landesweit bei 1 190 € lag, wurde diese Schwelle nur in Sofia erreicht. In allen anderen Regionen Bulgariens liegt der regionale Durchschnittslohn darunter, was für enorme regionale Ungleichheiten spricht. Ca. 22 Prozent der Arbeitnehmer_innen in Bulgarien beziehen den Mindestlohn und eine von vier Personen lebt unterhalb der Armutsgrenze. Es gibt auch massive Branchenunterschiede: Die Gehälter in den bestbezahlten Branchen, wie der IT- und Informationstechnologiebranche, dem Luftverkehr oder der Erdölproduktion, sind zwei bis vier Mal so hoch wie in den Niedriglohnssektoren, wie der Textilindustrie, dem Tourismus und der Sozialarbeit.

Erst in den vergangenen zwei Jahren konnten die steigenden Lebenshaltungskosten und die rekordhohe Inflation seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine einge-

dämmt werden. Die Inflation auf Jahresbasis lag Ende 2024 bei 2,4 Prozent – im starken Kontrast zu 9,5 Prozent Ende 2023 bzw. 17 Prozent Ende 2022.

Allerdings ist die Inflation bei alltäglichen Gütern wie Nahrungsmitteln deutlich höher als bei Luxusgütern (Autos, Technik). Das bedeutet, dass einkommensschwache Menschen und Haushalte überproportional stärker von den steigenden Preisen betroffen sind. Die Lebensmittelpreise sind nach wie vor sehr hoch, was im Februar und März 2025 zu Boykottaktionen gegen große Supermärkte geführt hat. Eine Rolle für die überdurchschnittlich hohe Preissteigerung spielt auch die lokale Spekulation, wobei der Staat ungenügend handelt, um diese Prozesse im Griff zu halten.

Die Arbeitslosenquote lag Ende 2024 bei 4,2 Prozent, was historisch niedrig ist. Gleichzeitig kam es im Frühling 2025 jedoch zu massiven Protesten, Unruhen und Streiks in vielen Sektoren.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Themen im Jahr 2024 waren die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie und die kartografische Erfassung von Arbeitnehmer_innen in den Kohleregionen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans im Kontext des Kohleausstiegs. Obwohl die EU-Richtlinie noch nicht transponiert wurde, versuchen die Gewerkschaften, die vorgesehenen Mindestlohnkriterien bei den Mindestlohnverhandlungen im Rahmen des Dreiparteiendialogs mit den Arbeitgebern und dem Ministerialrat aktiv durchzusetzen. Dies war sowohl 2024 als auch 2025 erfolgreich, sodass sich die Mindestlöhne im Land dem im Abkommen vorgesehenen Wert von (mindestens) 50 Prozent des Durchschnittslohns und gleichzeitig 60 Prozent des Medianlohns annähern.

Im Staatshaushalt 2025 war allerdings eine Lohnerhöhung von ca. 50 Prozent für die Beschäftigten im Innenministerium (u. a. in der Polizei) vorgesehen, während andere öffentliche Bereiche Erhöhungen von nur knapp 5 Prozent erfahren haben. Dies hat zu großen Unruhen geführt, und seit Anfang 2025 gibt es ständig gewerkschaftliche und Branchenproteste.

Die bisher größte Gewerkschaftsaktion seit 2007 fand allerdings im Mai 2025 statt: Nachdem den Fahrzeugfahrer_innen im öffentlichen Verkehr in Sofia eine Gehaltserhöhung von 15 Prozent verweigert wurde, legten die Arbeitnehmer_innen im öffentlichen Verkehr der Hauptstadt sechs Tage lang die Arbeit nieder. Die Stadt blieb ohne Verkehr – nur die U-Bahn fuhr weiter. Der Streik wurde gemeinsam von KNSB/CITUB und Podkrepa geleitet und sehr emotionsgeladen öffentlich diskutiert. Viele rechtsliberale Analyst_innen und auch der rechtsliberale Bürgermeister Vasil Terziev verbreiteten die These, der Streik sei politisch motiviert und von der GERB-Partei inszeniert worden, um Terziev vom Amt abzusetzen. Gleichzeitig spielte Terziev die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich gegen die Fahrzeugfahrer_innen im öffentlichen Verkehr aus, indem er ankündigte, dass, falls die Löhne der Fahrzeugfahrer_innen erhöht würden, es keine Erhöhung für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich geben werde. In der gesellschaftlichen Debatte wurde häufig eine Trennung zwi-

schen »qualifizierten« Arbeitskräften, die eine Lohnerhöhung verdienen, und »nicht qualifizierten« Arbeitskräften, wie den Fahrzeugfahrer_innen, die keine Erhöhung verdienen, vorgenommen. Gleichzeitig gab es auch Bürger_innen, die sich mit dem Streik solidarisierten. Letztendlich konnten sich die Transportarbeiter_innen durchsetzen und eine Lohnerhöhung des Grundgehalts von ca. 150 € pro Person erreichen. Dieser Verkehrsstreik ist wichtig, um den gewerkschaftspolitischen Kontext besser zu verstehen, denn er zeigt, wie negativ radikalere gewerkschaftliche Aktivitäten wahrgenommen werden. In den vergangenen 20 Jahren gab es nur wenige Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Streiks, weshalb die gewählte Methode in der Gesellschaft für Überraschung sorgte.

Nach dem Verkehrsstreik protestierten die Arbeitnehmer_innen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Krankenpfleger_innen, die Krankenschwestern und die jungen Ärzt_innen in der Anerkennungsphase für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Weitere Unruhen sind 2025 auch in anderen Branchen zu erwarten.

GEWERKSCHAFTEN IN BULGARIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien hat eine langjährige Geschichte, die auf die Gründung des bulgarischen Nationalstaats Ende des 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist. Die Gewerkschaften im Land waren in unterschiedlichen politischen und sozialen Systemen integriert. Die neueste Periode der gewerkschaftlichen Geschichte fängt mit der Wende 1989 an. In diesem Zeitraum wurden die größten Gewerkschaften des Landes und 1993 der Tripartite Rat (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Regierung) gegründet.

Der größte und einflussreichste gewerkschaftliche Dachverband, die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB), wurde am 12.02.1990 gegründet. Sie ist Nachfolger des Gemeinsamen Arbeitergewerkschaftsbundes (1945–1972) und der Bulgarischen Berufsgewerkschaften (1972–1990), also der Einheitsgewerkschaft vor der Wende 1989. Unmittelbar nach der Wende 1989 galt der Verband aufgrund dieser Nachfolge eher als linksorientiert. Nach 1997 hat sich die Führungsebene eher im gesellschaftlichen Zentrum positioniert, obwohl die Mitglieder größtenteils der sozialistischen Partei nahestehen. KNSB bemüht sich generell um politische Neutralität, obwohl die Führung in den letzten ca. 10 Jahren bessere Beziehungen zu der konservativen GERB-Partei pflegt. Seit 1995 ist KNSB Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). KNSB ist eine der wenigen Gewerkschaften in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die sich nach der Wende erfolgreich reformiert und ihre führende Position in der Gesellschaft erhalten hat.

KT Podkrepa (Konföderation der Arbeit »Unterstützung«), der zweite Dachverband, entstand kurz vor der Wende 1989 als dezidiert antikommunistische Gewerkschaft. Podkrepa führte

in den krisenhaften 1990er-Jahren zwei Nationalstreiks gegen die jeweiligen Regierungen durch, um die extreme Verarmung und wachsende Inflation im Land anzuprangern. Der zweite Nationalstreik 1997 wurde von KNSB unterstützt und führte zum Rücktritt der damaligen sozialistischen Regierung von Jan Videnov. Podkrepa ist der erste bulgarische Gewerkschaftsverband, der in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (heute IGB) aufgenommen wurde. 1994 erhielt Podkrepa den Beobachterstatus beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und wurde im Dezember 1995 als Vollmitglied aufgenommen.

Neben den Streiks und Protesten in den 1990ern gab es 2007 den größten Streik in der bulgarischen Geschichte. Damals haben ca. 95 Prozent der Lehrer_innen im Land 42 Tage lang für bessere Löhne und bessere Finanzierung im Bildungsbereich gestreikt. Der Streik sorgte für langfristige Effekte – bis heute ist das Bildungswesen die Branche mit der größten gewerkschaftlichen Vertretung. In den vergangenen 20 Jahren gab es auch große Streiks im Transport- und Bergbaubereich und im öffentlichen Dienst, neulich auch Unruhen in der Medizin- und Pflegebranche.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

KNSB und KT Podkrepa sind von der Regierung als national repräsentative Gewerkschaften anerkannt und nehmen als solche am Tripartiten Rat teil. Die Zersplitterung der Arbeitgeberverbände in den vergangenen Jahren verkompliziert den tripartiten Dialog.

In den staatlichen und privatisierten Unternehmen Bulgariens sind Gewerkschaften weitgehend vertreten, in den nach der Wende gegründeten Unternehmen hingegen kaum. Jedoch existiert eine gewerkschaftliche Organisation in fast allen Branchen. KNSB hat 34 Branchenorganisationen (und fünf assoziierte Mitglieder) und KT Podkrepa 24. Besonders stark sind die Gewerkschaften im Bildungswesen, in der Verwaltung, im Energiesektor und im Bergbau. Im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern gibt es in Bulgarien einen relativ hohen Anteil bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft – ca. 16 Prozent der Arbeitnehmer_innen (13 % in Lettland, 12 % in Ungarn, 12 % in Polen).

Eine langfristige Herausforderung für die bulgarischen Gewerkschaften bleibt die sinkende Mitgliederzahl. Ein Grund ist das steigende Alter der Mitglieder – einerseits zurückzuführen auf die geringe Zahl der Neueintritte unter jungen Leuten, aber auch auf die generelle Überalterung der bulgarischen Gesellschaft und Abwanderung der Jungen. Ein weiterer Grund ist, dass in den neuen Unternehmen und Branchen (z. B. der wachsenden IT-Branche) kaum gewerkschaftliche Organisationen gegründet werden. Während die traditionellen Sektoren einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften, auch in den jüngeren Branchen Fuß zu fassen. Dadurch, dass die größten Gewerkschaften momentan im Bildungsbereich sind und der Bildungsbereich an sich sehr feminisiert ist, ist die Rolle von Frauen in den gewerkschaftlichen Strukturen eher wichtig.

Seit 2024 wird an der Universität für Nationale und Weltwirtschaft ein Masterstudiengang in Gewerkschaftspolitik in Zusammenarbeit mit KNSB/CITUB angeboten. Masterstudierende lernen die wichtigsten Grundlagen des Arbeitsrechts und der gewerkschaftspolitischen Arbeit, viele von ihnen haben bereits Arbeitsverträge mit der KNSB/CITUB und werden nach dem Studienabschluss dort arbeiten. Der Studiengang ist der erste dieser Art in ganz Osteuropa. Das Programm wurde u. a. vom Lehrplan der Global Labor University in Kassel beeinflusst.

Neben den zwei großen Gewerkschaften existieren auch einige kleinere. Sie sind zwar nicht national repräsentativ und haben eine sehr begrenzte Macht, Prozesse zu beeinflussen, dennoch wurde ihre Präsenz in den vergangenen Jahren stärker spürbar. Zwei wichtige Spieler dabei sind die Gewerkschaft Zashita (Schutz) und die Nationale Konföderation der Arbeit (NKT). Zashita wurde ca. 2018 aktiv und positioniert sich als anti-GERB. NKT wurde 2020/21 gegründet und besteht aus drei kleineren Gewerkschaften: die 2020 neu gegründete Gewerkschaft der medizinischen Fachkräfte, eine seit 2006 existierende Gewerkschaft der Beschäftigten im Chemiebereich und ein seit 2014 existierendes Anarchosyndikat (was momentan die rechtsextreme prorussische Partei Vazrajdana unterstützt). Sowohl NKT als auch Zashita sind sehr aktiv im gesundheitlichen Bereich, unterstützen seit 2019 die Proteste der Pfleger_innen und nehmen vermehrt an Tarifverhandlungen teil.

Tabelle 11
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bulgarien

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Конфедерация на независимите синдикати в България, КНСБ (Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien, KNSB)	Plamen Dimitrov	262 400	EGB, IGB
Конфедерация на труда »Подкрепа«, КТ Подкрепа (Konföderation der Arbeit »Unterstützung« KT Podkrepa)	Dimitar Manolov	73 500	EGB, IGB

1 Stand der Zahlen in der Tabelle: 2020.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Laut Verfassung haben die Arbeitnehmer_innen das Recht auf Vereinigung. In fast allen großen staatlichen und privaten Unternehmen gibt es gewerkschaftliche Organisationen. In den neu gegründeten Unternehmen gibt es zahlreiche Versuche vonseiten der Arbeitgeber, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern. Obwohl aufgrund des Drucks der Gewerkschaften die Verhinderung der Gründung von Arbeitnehmerorganisationen strafbar geworden ist, dauern die Probleme weiter an. Gemäß dem Arbeitsgesetzbuch haben die Gewerkschaften bei der Erstellung und den Änderungen der unternehmensinternen Regelungen zu Arbeitsbedingungen und Entlohnung ein Mitspracherecht. Dies wird jedoch zum Teil unterlaufen.

Im Allgemeinen bietet das bulgarische Arbeitsrecht noch aus der sozialistischen Vergangenheit einen im europäischen Vergleich relativ guten Arbeitnehmer_innenschutz. Das 1986 verabschiedete Arbeitsgesetzbuch bietet allerdings wenige Möglichkeiten für den Schutz von Selbstständigen oder für Plattformarbeiter_innen. Deswegen fordert KNSB neue Formen des Arbeitsschutzes für »digitale« Arbeiter_innen. Verbeamtete sind gesetzlich teilweise benachteiligt, da die Tarifverträge für sie nicht gelten. Sowohl Podkrepa als auch KNSB setzen sich für gesetzliche Änderungen ein, um diese Ungleichbehandlung zu beenden. Obwohl das Streikrecht in der Verfassung vorgesehen ist, ist das Streikgesetz sehr restriktiv und schränkt praktisch das Recht auf Streik ein, weswegen Änderungen im Gesetz dringend notwendig sind.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Tarifverhandlungen sind in Bulgarien seit den 1990ern Bestandteil industrieller Beziehungen, deren Stellenwert sich aber in den vergangenen Jahren verschlechtert hat. Besonders bedeutend ist hierfür der kontinuierliche Dezentralisierungsprozess seit der Wende. Die Arbeitgeberverbände setzen sich intensiv gegen die Ausweitung von Tarifverträgen auf ganze Branchen ein. So bleibt die Mehrheit der Tarifverträge auf Unternehmensebene. Die Tarifverträge konzentrieren sich u. a. in Sektoren mit öffentlicher Finanzierung wie etwa im Bildungswesen und in den »traditionellen« Branchen wie Bergbau und der Herstellungsindustrie. Zwischen 2011 und 2021 ist die Anzahl aktiver Tarifverträge gesunken. 2011 gab es nach Daten des Nationalen Instituts für Versöhnung und Schlichtung insgesamt 2 153 angemeldete Tarifverträge, 2021 waren es nur noch 1 589. Allerdings steigt die Anzahl von Arbeitnehmer_innen, die durch Tarifverträge abgedeckt sind (320 106 für 2011; 352 703 für 2021), was ca. 28 Prozent der Arbeitnehmer_innen entspricht.

Seit 2017 konzentrieren sich die bestehenden Tarifverträge im öffentlichen Sektor hauptsächlich in (Staats-)Unternehmen und in geringerem Maße in der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig gab es jedoch eine interessante Verschiebung der Tarifverhandlungen im privaten Sektor mit ausländischen Unternehmen, die in Bulgarien tätig sind. So wurden 2017 32 Prozent der geltenden Tarifverträge in der Privatwirtschaft in ausländischen Unternehmen und 68 Prozent in inländischen

Unternehmen abgeschlossen. Im Jahr 2021 waren es bereits 48 Prozent der betrieblichen Tarifverträge in ausländischen Unternehmen und 52 Prozent in inländischen Unternehmen. Soweit die Tarifverhandlungen im privaten Sektor schrumpfen, ist dies hauptsächlich auf den Verlust von Positionen in inländischen Unternehmen zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der Tarifverträge in ausländischen Unternehmen.

Während die Tarifverhandlungen auf der Branchen-/Sektorebene Anfang der 2000er-Jahre auch die jährliche Aushandlung von Mindestsozialversicherungseinkommen (Freibeträge) umfassten, wurde diese Praxis in den vergangenen Jahren von den Arbeitgeberverbänden boykottiert. Allerdings wurde ab dem 1. Januar 2023 der Mindestlohn nach Druck der Gewerkschaften auf 780 BGN (ca. 390 €) angehoben. Die im Oktober 2022 verabschiedete EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne sieht eine klare Bindung des Mindestlohns an den Bruttodurchschnittslohn und den Bruttomedianlohn in jedem EU-Mitgliedsstaat vor. Die bulgarischen Gewerkschaften konnten ab 1. Januar 2024 eine Bindung des Mindestlohns an den Bruttodurchschnittslohn für die letzten 12 Monate aushandeln, damit eine klare Mindestgrenze existiert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Beide national repräsentativen Gewerkschaftsdachverbände verfügen über hohe Kompetenzen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind international vernetzt und gut mit der europäischen Praxis der Führung von Tarifverhandlungen vertraut. Der politische Einfluss der Gewerkschaften ist relativ groß – auch im Verhältnis zu den Arbeitgebern. Grund ist unter anderem die Tatsache, dass die bulgarischen Arbeitgeber mit vier Dachverbänden zersplitterter sind als die Gewerkschaften.

Durch die Durchführung von großen Streiks in der Vergangenheit konnten die Gewerkschaften viele ihrer Forderungen durchsetzen (Lehrer_innen, Eisenbahn, Polizei, Bergbau). Die Gewerkschaften gehören zu den wenigen Organisationen in Bulgarien, die eine große Anzahl von Menschen zu Protesten mobilisieren können. Die bisherigen Regierungen versuchten daher im Allgemeinen, Konflikte mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Der relativ hohe Anstieg des Mindestlohns in den vergangenen Jahren ist vor allem auf den anhaltenden politischen Druck der Gewerkschaften zurückzuführen. Gleiches gilt auch für die Beibehaltung des automatischen jährlichen Zuschlags auf das Grundgehalt. Beides wurde gegen massiven Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt.

Allerdings ist die öffentliche Meinung über Gewerkschaften gemischt und sogar eher negativ. Obwohl ihre Expertise zu wirtschaftlichen und sozialen Themen geschätzt ist, bleibt ihre Arbeit bei Tarifverhandlungen unsichtbar, was dazu führt, dass Gewerkschaften als inaktiv oder abwesend vom großen politischen und sozialen Geschehen wahrgenommen werden. Häufig wird ihnen vorgeworfen, sie machten viel zu wenig, um die Situation von Arbeiter_innen zu verbessern und ihre Rechte zu verteidigen. Sowohl KNSB als auch Podkrepa werden als abhängig und staatsnah bezeichnet. Weil bedeutende

gewerkschaftliche Strukturen, wie etwa die Bildungsgewerkschaft von KNSB, engere Verbindungen zu GERB pflegen, kurssieren Korruptionsvorwürfe gegen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit.

Obgleich die beiden Gewerkschaftsdachverbände miteinander im Austausch stehen, gibt es doch deutliche institutionelle Abgrenzungstendenzen. Zu gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommt es daher eher selten, obwohl von 2022 bis 2025 solche häufiger stattfanden als in den Jahren zuvor. Auch eine strategische Partnerschaft mit einer bestimmten Partei existiert nicht. Einige kleinere linke NGOs (z. B. LevFem, KOI, Dversia, BiblioFem, Konflikt, Die Frauen von Kazanlak) setzen sich ebenfalls für Arbeitnehmerinteressen ein, haben jedoch weit geringeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss. Seit einigen Jahren beschäftigen sich feministische und Frauenorganisationen vermehrt mit der wirtschaftlichen und Arbeitssituation von Frauen, LGBTQI+-Personen und allgemein marginalisierten Gruppen und bilden Verbindungen und Partnerschaften zu den Gewerkschaften. Die größten migrantischen Organisationen in Bulgarien wie etwa UNHCR, IOM u. a. monitoren die Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden Personen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Systemen und arbeiten dabei punktuell mit den Gewerkschaften zusammen.

KNSB und KT Podkrepa sind Mitglieder sowohl vom IGB als auch vom EGB. Der Präsident von KNSB, Plamen Dimitrov, ist Mitglied der ILO-Führung und hat viele internationale Kontakte. KNSB pflegt enge Kontakte zum DGB. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen erfolgt regelmäßig, oft mit Unterstützung der FES. Zudem nehmen Vertreter_innen beider bulgarischen Gewerkschaften an internationalen Veranstaltungen in Deutschland und anderen Ländern teil.

Jacques Paparo, *Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bulgarien, Sofia*

Kalina Drenska, *Projektkoordinatorin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.